

Im Vergleich zur EU-Bürokratie sind Trumps Zölle harmlos



Keine Zölle, aber auch keine freie Fahrt: Am EU-Binnenmarkt bremsen Hindernisse den Warenaustausch ähnlich stark, als gäbe es Zölle von fast 50 Prozent, sagen Experten. Löst die Politik diese Bremsen, wächst die Wirtschaft - auch mit Trumps Zöllen.

IMAGO / Steinsiek.ch



Klemens Joos

Sonntag, 15.06.2025, 21:25



Die deutsche Wirtschaft wächst schwach, doch ein übersehenes Mittel bietet Wachstumschancen: der EU-Binnenmarkt. Löst die Politik seine Blockaden, winkt ein Aufschwung.

Man reibt sich verwundert die Augen, wenn man die aktuelle Debatte in Deutschland und in der Europäischen Union (EU) verfolgt: Ausgerechnet die bis vor kurzem noch als überbürokratisiert und wegen ihrer Zerstrittenheit als handlungsunfähig empfundene Europäische Union (EU) gilt plötzlich als Bollwerk gegen **Donald Trumps disruptive America-First-Politik**. Vor allem auf **dem EU-Binnenmarkt mit seinen mehr als 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern** sowie 26 Millionen Unternehmen ruhen große Hoffnungen in Berlin und Brüssel, wenn es darum geht, die negativen Folgen der Trumpschen Zoll-Attacken für Wachstum und Wohlstand in Europa auszugleichen.

Im Prinzip sind diese Hoffnungen berechtigt, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorrechnet: Eine Steigerung des Handels zwischen den 27 EU-Mitgliedsstaaten (Intra-Handel) um nur 2,4 Prozent reiche aus, um einen Einbruch des Handels mit den USA von 20 Prozent auszugleichen. Man sollte meinen: Das ist zu schaffen!

Doch andere Zahlen wecken Zweifel:

- Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds entsprechen die seit langem im EU-Binnenmarkt bestehenden **Handelshemmnisse in ihrer Wirkung Zöllen von 45 Prozent auf Waren** im verarbeitenden Gewerbe und **von 110 Prozent** auf Dienstleistungen.

„Sie richten einen weitaus höheren Schaden für das Wachstum an als alle Zölle, die die USA verhängen könnten.“ Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, über Barrieren und regulatorische Hürden im EU-Binnenmarkt.

- Die IWF-Ökonomen verweisen darauf, dass die **Kosten für den Warenhandel im EU-Binnenmarkt dreimal höher sind als für den Handel zwischen den US-Bundesstaaten.**

Zu viele Regeln blockieren EU-Binnenmarkt

Kein Zweifel: **Zwischen Anspruch und Realität des EU-Binnenmarkts klafft eine erhebliche Lücke.**

Zwar heißt es in Artikel 30 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): „Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedsstaaten verboten.“ Personen- und Dienstleistungsfreizügigkeit wird den EU-Verträgen ebenfalls garantiert: Jeder EU-Bürger kann sich in jedem anderen Mitgliedsstaat um einen Job bewerben und darf dabei gegenüber einheimischen Beschäftigten nicht diskriminiert werden. Und ein Unternehmen mit einer Niederlassung in einem EU-Staat darf seine Dienstleistungen auch in allen anderen Mitgliedsstaaten anbieten.

Doch in der Realität haben die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahrzehnten ein Dickicht an Vorschriften, Regeln und Normen geschaffen, das den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den Staaten mindestens so sehr erschwert wie massive Zölle. Ob Umwelt-, Verbraucherschutz-, Sicherheits- oder Arbeitsschutz-Vorschriften – alles lässt sich so ausgestalten, dass es den grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Dienstleistungen einschränkt. Häufig geschieht dies in bester Absicht, aber nicht selten geht es um die Abschottung der nationalen Märkte gegen Konkurrenz aus anderen EU-Staaten.

EU-Staaten kaufen immer lieber außerhalb der EU als innerhalb

Die Wirkung ist dramatisch für den Binnenmarkt: Während sich die EU immer höhere Hürden im Intra-Handel leistete, verringerten sich infolge der Globalisierung die Hürden für den Handel mit Staaten außerhalb der EU. Laut Draghi sanken seit Mitte der 1990er Jahre die Kosten für den Handel mit Dienstleistungen innerhalb der EU schätzungsweise um elf Prozent, für Importe aus Drittstaaten aber um 16 Prozent. Das machte Importe in die EU zunehmend attraktiver gegenüber dem Handel der EU-Staaten untereinander.

Anders formuliert: Die hohen Handelshürden im Binnenmarkt haben das Problem der hohen Exportabhängigkeit des EU-Wirtschaftsraums verschärft.

Häufig sind nicht die Waren selbst das Problem, sondern die Regeln für deren Verpackung. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) fördert mit ihrer Aktion „Ich kann so nicht arbeiten“ eindrucksvolle Beispiele zutage, wie Bürokratie und Willkür der Mitgliedsstaaten den freien Warenverkehr abwürgen:

1. Birgit Putz, die von Nordfriesland aus Back- und Lochblechputzmaschinen EU-weit vertreibt, beschreibt ihre Erfahrungen mit **Österreich** so: Will sie auch nur **eine Maschine für den Transport** in unser Nachbarland mit 8,15 Kilogramm Pappe und einem Kilogramm Kunststoff verpacken, zahlt sie **Gebühren in Höhe von 770 Euro** (jährliche Servicepauschale über 570 Euro, Kosten für einen Bevollmächtigten von 50 Euro sowie eine Entsorgungspauschale von 150 Euro). Dass die Unternehmerin lieber auf das Geschäft verzichtet, kann nicht überraschen.
2. Der DIHK kritisiert generell, dass so gut wie **jedes EU-Land eigene Regeln, Gebühren und Kennzeichnungspflichten** für die Lieferung von Waren innerhalb des Binnenmarkts aufgestellt hat. Kleine und mittlere Unternehmen könnten es sich aber nicht leisten, für jedes EU-Land einen Bevollmächtigten für den Export zu benennen. Die Folge: Kunden in anderen EU-Staaten würden nicht beliefert.
3. Laut dem Industrieverband Business Europe ist der „Grüne Punkt“ auf Verpackungen in einigen EU-Mitgliedstaaten verboten, in anderen erlaubt und bis vor kurzem sogar vorgeschrieben. Dies führe dazu, dass Hersteller gezwungen seien, national unterschiedliche Verpackungen oder Sticker zu verwenden, um den „Grünen Punkt“ abzudecken.
4. Zur CO₂-Verringerung fördern **einige EU-Mitgliedsstaaten LKW mit bis zu 25 oder 34 Meter Länge und bis zu 74 Tonnen Gewicht**. Andere erlauben sie nicht auf ihren Straßen. Das behindert den freien Warenverkehr.
5. Die Transeuropäischen **Energienetze** (TEN-E) sind ein zentrales EU-Instrument zur Förderung der grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur. Doch EU-Förderungen sind oft zu gering für große Netzausbauprojekte. Private Investoren schrecken davor zurück, weil sich Investitionen erst nach Jahrzehnten auszahlen. **Fehlende Infrastruktur verhindert** eine effiziente grenzüberschreitende Energieverteilung und damit **günstigere Energiepreise** für Verbraucher und Wirtschaft. Denn ohne ausreichende Interkonnektoren können Engpässe oder Überschüsse in einzelnen EU-Staaten nicht mithilfe angrenzender Mitgliedsländer ausgeglichen werden.
6. Dass **Lebensmittel** in vielen Staaten der EU **mit anderen Temperaturen angeliefert** werden müssen als in anderen Staaten, behindert den Binnenhandel ebenfalls.
7. Territoriale Lieferbeschränkungen (TSC) der großen Markenhersteller wie Coca-Cola oder Nestlé hebeln den freien Warenverkehr im Binnenmarkt in der Praxis häufig aus. In der Folge können die großen Supermarktketten **Markenprodukte nicht im günstigsten Land einkaufen**, sondern müssen die Ware im Vertriebsland abnehmen.
8. Lebensmittel müssen in jedem EU-Land in der jeweiligen Sprache gekennzeichnet werden. Immer mehr nationale Ernährungsetiketten erschweren den Intra-EU-Handel. Das behindert vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die sich den zusätzlichen **Aufwand von Verpackungen in unterschiedlichen Sprachen** häufig nicht leisten können.
9. Das alles trägt bei zu höheren Endverbraucherpreisen und heizt die Inflation zusätzlich an. Eine Studie der EU-Kommission kam schon 2020 zur Erkenntnis: EU-Verbraucher könnten allein durch die Beseitigung von TSCs bis zu 14 Milliarden Euro pro Jahr einsparen.
10. Unterschiedliche Ladestecker, unterschiedliche Ladeleistungen und Abrechnungssysteme für die **Aufladung von E-Autos erschweren** den grenzüberschreitenden Einsatz von E-Fahrzeugen: in Frankreich dominieren RFID-Karten, während in Deutschland Apps oder Kreditkarten genutzt werden. Die in einigen EU-Staaten aufwändigen Kfz-Zulassungsvorschriften schaden der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Automobilsektors ebenfalls.
11. Der **Einsatz von Arbeitskräften in einem anderen EU-Land** wird häufig erschwert durch einen unangemessen hohen Aufwand für Genehmigungen und Nachweispflichten. Eigentlich sollten alle Formalitäten im Gastland über sogenannte „Points of Single Contact“ (PSC) erledigt werden können. Doch laut Business Europe müssen in der Praxis häufig weiterhin mehrere Websites zu Rate gezogen werden, die manchmal zudem nur in der Landessprache kommunizieren.
12. In Spanien müssen **Zahlungen an Sozialversicherungsbehörden** für aus dem Ausland entsandte Arbeitnehmer von einem spanischen Konto erfolgen, Steuern können hingegen auch aus dem Ausland bezahlt werden.

Das Herz der EU krankt

Der Binnenmarkt ist das wirtschaftliche Herz der Europäischen Union und zugleich die Hauptattraktion für alle Beitrittskandidaten. Doch der Muskel der EU wird seit langem durch Verengungen der Herzkranzgefäße geschwächt. Der Befund der Sklerose steht im Fall des Binnenmarkts für Überregulierung, wuchernde Bürokratie und kleinteilige Handelsbarrieren, die dem Herz die Sauerstoffzufuhr abdrücken.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta warnt in einem 2024 für den Europäischen Rat erstellten Bericht über eine Vertiefung des Binnenmarkts vor einem Infarkt: „Das gesamte Projekt der europäischen Integration steht auf dem Spiel, wenn die meisten europäischen Unternehmen vom Binnenmarkt nicht effektiv profitieren können.“ Denn: „Die Dynamik und Wirksamkeit des Binnenmarkts sind aktuell signifikant eingeschränkt durch ein komplexes Netz von Herausforderungen, vor allem durch exzessive regulatorische Belastungen und bürokratische red tape.“

Über den Experten Klemens Joos

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität München, seit 2022 als Honorarprofessor für Betriebswirtschaftslehre. Er ist Vorstandsmitglied der Europäischen Akademie Bayern und Träger des Bayerischen Verdienstordens. Joos ist Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der EUXEA Holding GmbH, einer Unternehmensgruppe mit 18 Gesellschaften.

Zögern verhindert Verbesserungen

Die Diagnosen von Draghi und Letta sind eindeutig und werden in Brüssel nicht bezweifelt, doch bei der Therapie zögern vor allem die EU-Mitgliedsstaaten, obwohl sie alle von einer Entfesselung des Binnenmarkts erheblich profitieren würden:

- Letta rechnet in seinem Bericht für die EU-Kommission vor, dass das **Streichen von nur 20 Prozent der Hürden** im EU-Intra-Handel zu **zwei Prozent Wirtschaftswachstum** und mehr als einer Million zusätzlicher Jobs führen würde.
- Jacques Pelkmans vom Centre für European Policy Studies (CEPS) beziffert in der FAZ das Potential einer **Öffnung des Dienstleistungssektors** auf beinahe 400 Milliarden Euro (entspricht **2,2 Prozent** der Wirtschaftsleistung).
- Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Peter Leibinger, ermutigt ebenfalls dazu, die **Hürden im innereuropäischen Handel zu beseitigen**. Dann, so der BDI-Chef, „könnte die deutsche Industrie ihre **Exporte innerhalb Europas** nach Schätzungen **fast verdoppeln**“.
- **Zusammen** könnten die Maßnahmen ein Wachstum von **bis zu fünf Prozent** bringen.

Die Politik arbeitet an einer Lösung, braucht aber lange

Die gute Nachricht zur schlechten Lage: Binnenmarktkommissar Stéphane Séjourné hat jüngst ein Programm zur Ertüchtigung des Binnenmarkts und ganz konkret ein Gesetz angekündigt, das dem Einzelhandel den Einkauf von Markenprodukten in allen EU-Staaten erlauben soll.

Die schlechte: Der Gesetzentwurf soll erst Ende kommenden Jahres vorgelegt werden wie auch Vorschläge zum Abbau von Hürden im Bausektor und bei Paketdiensten. Man kann bezweifeln, ob ein effektiver Abbau von Handelshemmnissen im EU-Binnenmarkt ab 2027/28 gegen Trumps Zollpolitik noch viel helfen wird.

„Die Entwicklung des Binnenmarkts stockt seit Jahrzehnten. Die meisten der heutigen Hürden sind dieselben wie vor 20 Jahren“, urteilt der Binnenmarktexperte und Brüsseler Korrespondent der FAZ Hendrik Kafsack. Letztlich fehle den Staaten der Wille, „nationale Besonderheiten aufzugeben und ihre Märkte für die Konkurrenz zu öffnen.“

Binnenmarktregeln müssen auf den Prüfstand

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Und doch ist es nicht alles. Denn die EU-Kommission ist mindestens so sehr ein Teil des Problems wie der Lösung. Die wiedergewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für ihre neue Amtszeit richtigerweise Entbürokratisierung und Stärkung des Binnenmarkts vorgenommen. Sie muss sich aber vorhalten lassen, dass der „Green Deal“ ihrer ersten Amtszeit die Bürokratielasten spürbar erhöht hat.

Um den EU-Binnenmarkt wieder zu einem echten Wachstums- und Stabilitätsanker zu machen, braucht es eine systematische Überprüfung seiner Funktionsfähigkeit. Ein erster Schritt ist eine ehrliche Bestandsaufnahme aller Handelshemmnisse. Für jedes Hindernis braucht es eine klare Zuordnung zum jeweiligen Rechtsakt und eine offene Diskussion über Anpassung oder Abschaffung. Das gilt sowohl für überregulierte Detailvorgaben als auch für strukturelle Schwächen in der Governance des Binnenmarkts. Nationale Sonderwege müssen durch ein ehrgeiziges Harmonisierungsprogramm ersetzt werden. Zusätzliche Anforderungen der Mitgliedstaaten („Gold Plating“) dürfen keine neuen Markthürden schaffen.

Die EU muss deutlich handlungsfähiger und der Binnenmarkt muss erheblich funktionsfähiger werden, wenn Europa eine gute Zukunft haben soll.

https://www.focus.de/finanzen/entruempelt-den-eu-binnenmarkt-und-die-wirtschaft-waechst-um-bis-zu-fuenf-prozent_d40c8075-3bcb-4747-bc5b-fc9492324546.html

Abgerufen am 15.06.2025